

Wut über Klosterkammer-Pacht

Hausbesitzer abgezockt?

Landesweit wehren sich Grundstückspächter der Klosterkammer gegen eine kräftige Erhöhung der Erbpachtzinsen.

VON DIRK RACKE

HANNOVER. Vor fünf Jahren erfüllte sich Oliver Neuber in Wolfsburg-Vorsfelde den Traum vom eigenen Haus. Doch das Eigenheimidyll hat kräftige Kratzer bekommen. Denn das Haus des 37-jährigen Polizisten steht auf einem Erbpacht-Grundstück der Klosterkammer. Und die hat die Pacht um mehr als 17 Prozent erhöht. „Die Verhältnismäßigkeit ist nicht mehr gewahrt“, sagt Neuber, der 2005 in einen laufenden Pachtvertrag einstieg. Für das 582 Quadratmeter große Grundstück, auf dem er mit seiner Frau und der sechs Monate alten Tochter lebt, soll er statt 2104,72 Euro jährlich künftig 2468,21 Euro zahlen. Der Erbpachtzins steigt auf 4,24 Euro pro Quadratmeter. Benachbarte Erbpachtgrundstücke der Stadt Wolfsburg sind zwei Euro günstiger.

Neuber: „Wir müssen uns überlegen, ob wir uns diese Pachtgebühr künftig noch leisten können.“ Der 37-Jährige ist kein Einzelfall. Landesweit hat die Klosterkammer 16 500 Grundstücke verpachtet. Rund 3000 Pächter erhielten die Erhöhungsforderung. 270 weigerten sich wie Neuber, das zu unterschreiben.

Er hat mit rund 120 anderen Betroffenen in Wolfsburg eine Interessengemeinschaft (IG) gegründet. Weitere Gruppen gibt es in Northeim, Einbeck, Göttingen, Gifhorn und Königslutter, in Neustadt, Wennigsen und Braunschweig sind sie geplant. Neuber: „Wir wollen eine soziale Komponente in den Verträgen.“ In einer Petition fordert die IG zudem, die



EMPÖRT: Polizist Oliver Neuber hält die Papiere mit der teuren Erbpachtanpassung der Klosterkammer in den Händen.

Foto: Hensel

Pachtanpassungen nicht mehr an der Entwicklung der Verbraucherpreise, sondern an den Nettolöhnen zu bemessen. Dafür müsste der Bundestag das Erbbaurecht ändern.

Kammerdirektor Andreas Hesse verteidigt das Vorgehen: „Es geht um Beträge zwischen 300 und 400 Euro jährlich – nach zehn Jahren, in denen nichts geändert wurde. Die Kammer ist dem Allgemeinwohl verpflichtet, nicht dem Einzelnen.“ Sie müsse mit den Pachterträgen nicht nur zahlreiche Baudenkmäler unterhalten (siehe Stichwort), erläuterte Sprecher Oliver Pietsch.

Die Kammer gebe auch jährlich drei bis 3,5 Millionen Euro für Bildung und Soziales aus.

Inzwischen unterstützen Politiker die Pächter. „Die Sozialverpflichtung der Klosterkammer muss auch für die Vermögensverwaltung gelten“, sagt die Northeimer SPD-Abgeordnete Frauke Heiligenstadt. Sie fordert eine gründliche Information der Pächter und die Möglichkeit, Grundstücke auch zu kaufen. Die SPD hat dazu bereits einen Antrag in den Landtag eingebracht.

Auch die Wolfsburger CDU-Abgeordnete Angelika Jahns meint: „Ich kann den Unmut

verstehen. Die Höhe der Anpassung ist extrem.“ Sie hofft auf einen gemeinsamen Antrag mit der SPD und erwartet wie die FDP mehr Flexibilität von der Klosterkammer: Pächter sollen das Grundstück bei Zinserhöhungen oder Vertragsablauf kaufen oder langfristige Pachtvereinbarungen schließen können.

Für heute hat die Klosterkammer Vertreter der Interessengemeinschaften nach Hannover eingeladen. Neuber: „Wir gehen ohne große Erwartung in die Gespräche.“ Er will die Erhöhung nicht zahlen und sich notfalls verklagen lassen.

DIE KLOSTERKAMMER

Die Klosterkammer in Hannover verwaltet ein einzigartiges Erbe – sowohl die in der Reformationszeit aufgelösten Klöster samt Liegenschaften als auch die unter Napoleon verstaatlichten Besitzungen der Bistümer Hildesheim und Osnabrück. Zum Vermögen gehören die Lüneburger Klöster Lüne, Ebstorf, Isenhausen, Medingen, Walsrode und Wienhausen, die Ca-

lenberger Klöster Barsinghausen, Mariensee, Marienwerder, Wennigsen und Wülfinghausen sowie die Stifte Fischbeck, Obernkirchen, Börstel, Bassum, Ilfeld und das Kloster Wöltingerode. Die Klosterkammer ist eine Sonderbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Präsidentin ist seit 2004 Sigrd Maier-Knapp-Herbst. **bov**